



FEBRUAR 2025

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTFTE

Im Februar 2025 erreichten laut Zählungen von [borderline-europe](#) 3.417 Menschen Italien auf dem Seeweg. Der Großteil der Menschen auf der Flucht (84%) kamen auf Sizilien - vor allem Lampedusa - an. Des Weiteren gab es wieder einige Ankünfte in Kalabrien über die Ionische Route (4%), die Boote starteten meist von der Türkei aus. Bei rund 77% kann [borderline-europe](#) belegen, dass die Boote aus Libyen abgefahren sind, der Prozentsatz ist aber mit großer Wahrscheinlichkeit höher. Die Abfahrten aus Tunesien liegen in diesem Monat bei 1% und sind damit weiterhin gegenläufig zum Trend des letzten Jahres (10-15%). Die italienischen Behörden retteten nach unseren Zählungen rund 44% der Angekommenen, wohingegen die Rettungen durch NGO-Schiffe ca. 9% ausmachten. Laut den Daten von [borderline-europe](#) war Frontex im Februar an etwa 23% der Rettungen beteiligt. 8% der Geflüchteten erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. Bei 15% der Ankünfte lagen keine Informationen zur Rettung vor.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im Februar 3.329 Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat ähnliche Ankunftsdaten belegen, doch möchten wir anmerken, dass es keinen Zugang zu den Hintergründen der vom Innenministerium herausgegebenen Zahlen gibt. Zudem wird es in letzter Zeit immer schwieriger, genaue Informationen über Ankünfte auf dem Seeweg zu erhalten, da die Arbeit von Journalist*innen zunehmend erschwert wird.

Wir dürfen nicht vergessen, dass hinter diesen Zahlen Schicksale stehen - Menschen, die eine oft lebensgefährliche Route hinter sich haben. So ist unter den Ankünften von diesem Monat eine Gruppe von [130 Personen](#), die aus Afghanistan, Iran, Irak und Pakistan kommen. Sie wurden von der Küstenwache von Crotone und Roccella Jonica aus einem Fischerboot in stürmischer See gerettet. Die schwierige Rettungsaktion dauerte 14 Stunden und fand 110 Meilen vor Crotone bei sechs Meter hohen Wellen und starkem Wind statt. Ein Handelsschiff unterstützte die Aktion. Nach der Rettung wurden die Migrant*innen, darunter Frauen, Minderjährige und eine schwangere Frau, in den Hafen von Crotone gebracht, medizinisch versorgt und registriert.

Teil der behördlichen Maßnahmen nach der Ankunft ist immer auch die Suche nach sogenannten Scafisti - Personen, die der Schleusung beschuldigt werden, meist weil sie das Boot gesteuert haben sollen. Auch im Fall von Crotone wurden zwei afghanische Staatsangehörige direkt bei der Anlandung [festgenommen](#). Ihnen wird vorgeworfen, die Überfahrt der 130 Personen nach Crotone organisiert zu haben. Die Anschuldigungen stützen sich oft auf fragwürdige Beweise.

PUSH – UND PULLBACKS

Diesen Monat haben wir 1.680 Interceptions (Aufhalten und Zurückholen) auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten zur nordafrikanischen Küste zurückgedrängt oder -gezogen werden. 1.600 Menschen wurden nach Libyen und 64 nach Tunesien zurückgeschleppt. Außerdem wurden im Februar [16 Menschen](#) von der algerischen Küstenwache abgefangen und zurück nach Algerien gebracht. Diese Zahlen sind ohne Gewähr, da die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Nach diesen Push- und Pullbacks werden die Migrant*innen oft unter prekären Bedingungen in Camps festgehalten. Menschenrechtsverletzungen werden in diesen Camps regelmäßig [dokumentiert](#). Häufig kommt es hierbei auch zur Anwendung von Gewalt.

Das Vorgehen der sogenannten libyschen, aber auch der tunesischen Küstenwache, verstößt dabei häufig gegen internationale Vereinbarungen. So wurde beispielsweise [ein Boot](#), das bereits die maltesische SAR-Zone erreicht hatte und sich somit im Zuständigkeitsbereich Maltas befand, dennoch von der sogenannten libyschen Küstenwache abgefangen und gewaltsam nach Libyen zurückgebracht. Dort drohen den Geflüchteten Inhaftierung und Misshandlung. Ein ähnliches Vorgehen konnten wir Ende des Monats bei der [tunesischen Küstenwache](#) beobachten, die ein in Seenot geratenes [Boot mit 64 Menschen](#) in der maltesischen SAR-Zone aufgriff und nach Tunesien brachte.

TOTE & VERMISSTE

Die Anzahl der Toten und Vermissten im zentralen Mittelmeer steigt mit jedem Monat, der vergeht. Laut Daten von [borderline-europe](#) verloren im Februar 40 Personen ihr Leben auf der Flucht, während 10 Menschen nach wie vor als vermisst gelten. Das Schicksal von weiteren insgesamt 116 Personen ist ungewiss.

Massengräber in Libyen: Erschütternde Funde und anhaltende Menschenrechtsverletzungen

Im südlichen Teil der libyschen Wüste wurden kürzlich zwei [Massengräber](#) mit etwa 50 Leichen entdeckt. Eines der Gräber, gefunden auf einer Farm in Kufra, enthielt 19 Tote. Ein weiteres, mit mindestens 30 Leichen, wurde nach einer Razzia in einem Haftlager für Migranten aufgedeckt. Überlebende berichteten, dass dort möglicherweise bis zu 70 Menschen begraben wurden, einige offenbar erschossen, bevor sie verscharrt wurden. Die Behörden befreiten zudem 76 Migrant*innen und nahmen drei Verdächtige wegen Entführung und Folter fest.

Diese grausamen Funde verdeutlichen erneut die systematischen Misshandlungen von Migrant*innen in Libyen. Menschenrechtsorganisationen und die UN dokumentieren seit Jahren Folter, Versklavung, sexuelle Gewalt und Erpressung. Besonders jene, die nach einer gescheiterten Überfahrt nach Libyen zurückgebracht werden, sind weiteren schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

Die Unterstützung Libyens durch die EU und einzelne Mitgliedsstaaten wie Italien und Frankreich hat die Situation für Schutzsuchende nicht verbessert. Zehn Jahre nach dem [tödlichsten Schiffsunglück im Mittelmeer](#) vor der libyschen Küste bleiben Migrant*innen dort unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt – oft verursacht durch Akteure, die europäische Gelder erhalten. Die EU hat kürzlich ihre Finanzierung Tunesiens nach Berichten über Misshandlungen durch Sicherheitskräfte überprüft. Angesichts der neuen Entdeckungen und der Kritik des Europäischen Gerichtshofs an der Vergabe von EU-Mitteln an Libyen sollte sie auch hier [handeln](#). Statt fragwürdige Akteure weiter zu unterstützen, müssen Mittel genutzt werden, um Leben zu retten und sichere Fluchtwege aus Libyen zu schaffen.

ZIVILER WIDERSTAND

Im Februar 2025 wurden 9% aller Rettungen von NGOs durchgeführt. Die "civil fleet", die zivile Seenotrettung, konnte zusammen 322 Menschen retten. Es gab diesen Monat eine Mehrfachrettung, die von der Ocean Viking (SOS Méditerranée) durchgeführt wurde, in Koordination mit den italienischen Behörden.

Grundsätzlich sind Mehrfachrettungen seit der Einführung des [Piantadosi-Dekrets](#) in 2023 verboten. Das unter Ministerpräsidentin Giorgia Meloni erlassene Dekret erschwert die Arbeit von NGOs massiv und legt ihnen zusätzliche finanzielle Belastungen auf. Die Vorschrift zwingt Rettungsschiffe, jede Rettung zu melden und danach sofort den von den italienischen Behörden zugewiesenen Hafen anzufahren – oft weit entfernt von den eigentlichen Einsatzgebieten. Dies führt nicht nur zu erheblichen Verzögerungen von Stunden oder gar Tagen bei der Rettung von Menschen in Seenot, sondern treibt auch die Kosten für die Organisationen in die Höhe. So musste die Ocean Viking innerhalb der Jahre 2023/24 aufgrund dieser Umwege Mehrkosten in Höhe von 1,3 Millionen Euro tragen, wie es der [Report](#) von SOS Méditerranée aufzeigt. Besonders drastische Beispiele für die gezielte Behinderung der Rettungsarbeit im letzten Monat sind die Zuweisung der Ocean Viking nach Livorno, der Humanity I nach Ravenna und bei einer zweiten Rettung nach [Civitavecchia](#) – alles Häfen in der nördlichen Hälfte Italiens, weit entfernt von den Rettungszonen im zentralen Mittelmeer.

Für die NGOs ist klar: Die systematische Zuweisung entfernter Häfen bedeutet in vielen Fällen eine faktische Verhinderung von Rettungsmissionen. Die ohnehin geschwächten Migrant*innen müssen zusätzliche Strapazen auf sich nehmen, während Rettungsschiffe tagelang aus den Einsatzgebieten ferngehalten werden und keine weiteren Menschen retten können. Die Folge ist eine bewusste Entleerung des Mittelmeers von Rettungsschiffen – ein Umstand, der dazu führt, dass immer mehr Menschen unversorgt auf dem Meer zurückgelassen werden. Diese Politik kommt einer gezielten Kriminalisierung der NGOs gleich, wie unter anderem die Festsetzung der Humanity I im Dezember 2023 zeigt, gegen die SOS Humanity Klage erhob. Die Staatsanwaltschaft von Crotona wies diese [Klage](#) jedoch kürzlich zurück. Die restriktiven Maßnahmen der italienischen Regierung sind Teil einer Strategie, die darauf abzielt, humanitäre Hilfe aktiv zu behindern – und das, obwohl Rettungseinsätze durch NGOs im Zeitraum 2023/24 nur 11 % aller Ankünfte in Italien ausmachten. Als Zeichen der Solidarität gegen die Kriminalisierung haben die deutschen NGOs Sea-Eye und Sea-Watch diesen Monat eine [gemeinsame Rettungsmission](#) im Mittelmeer gestartet.

Spionageskandal in Italien: Regierung überwacht NGOs und Journalist*inne

Der [Skandal](#) um die Spionagesoftware Graphite hat in den vergangenen Wochen hohe Wellen geschlagen. Die von der israelischen Firma Paragon Solutions entwickelte Spionagesoftware soll von der italienischen Regierung gezielt auf Smartphones von Journalist*innen und Aktivist*innen angewendet worden sein, die mit Migrant*innen arbeiten und sich für ihre Rechte einsetzen. Darunter waren auch das Mobiltelefon des Sprechers der NGO Refugees in Libya, David Yambio, und des Gründers der NGO Mediterranea Saving Humans, Luca Casarini. Auch das Smartphone von [Don Mattia Ferrari](#), einem Priester, der mit Mediterranea Saving Humans zusammenarbeitet, wurde mit Graphite überwacht. In den vergangenen Wochen gab es zudem Berichte über vermutlich seit Mai 2024 laufende verdeckte Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Palermo gegen Mediterranea Saving Humans. Die Ermittlungen könnten dazu dienen, den Einsatz der Überwachungssoftware zu legitimieren. Mediterranea Saving Humans plant rechtliche Schritte, um zu klären, ob tatsächlich gegen sie ermittelt wird. Nach italienischem Recht darf ein solches Verfahren maximal drei Monate geheim bleiben. Gleichzeitig wird die politische Dimension der Affäre immer brisanter. Auch wenn eine offizielle Bestätigung dieser Vorwürfe noch aussteht, weisen die Zusammenhänge zwischen politischem Druck und der Überwachung von NGOs deutlich auf eine zunehmende Kriminalisierung der humanitären Organisation hin, während Menschenrechtsverletzungen in Libyen geflissentlich übersehen werden, wie der Fall [Almasry](#) erneut gezeigt hat. Der Fall wird auch in unserem [Sciocco](#) ausführlich analysiert.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de